

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweimal wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 480 M. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte Spalte 200 M. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einblendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22/23

Sonnabend, den 9. Juni 1923

27. Jahrgang

An Abonnenten und Inserenten.

Der vierteljährliche Bezugspreis unserer Wochenzeitschrift „Der Steinarbeiter“, die vorläufig alle 14 Tage erscheint, wird vom 1. Juli an auf 1000 Mark erhöht. — Die Anzeigengebühr vom gleichen Datum an auf 500 Mark für die doppelte Spalte. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einblendung der Gebühren aufgenommen. Mindestraum für einfache Anzeigen (Stellenangebote) 6 Zeilen. Einzahlungen an Kassierer L. Geiß, Postfach Leipzig, Nr. 56 383.

Lohnbewegungen.

Rausende Notizen unter: „Gesperrt“, „Streit“, „Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Ausnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperrt:

In Hildesheim die Firma Dräger. In Fürstentum die Firma Deploß u. Co. In Friedberg Steinmetzgeschäft Heinrich Damm.

Streit:

In Königsberg. In Seebach. Firma Thiele. (Firma Lehnerer u. Co. hat sich mit den Kollegen geeinigt.)

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Biegitz (Firmen Herrn. Wagner und Wilhelm Born).

Erlebte Bewegungen.

Bayrischer Wald. Die Aussperrung ist aufgehoben. (Siehe Bericht unter Zahlstellen.)

Eine dreifache Erhöhung des Brotpreises.

Seit Beginn des unglücklichen Weltkrieges hat sich die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Brot unter Mitwirkung und Aufsicht des Reichs vollzogen. Die Aufgabe des Reichs bestand darin, bei knappen Vorräten für eine den Bedarf der ganzen Bevölkerung deckende Verteilung zu sorgen und auf eine Entlastung der Preise hinzuwirken. In den ersten Jahren wurde die gesamte deutsche Getreideernte im Wege der Beschlagnahme erfasst und der gesamte Bedarf des Einzelnen an Brot, Mehl und Erzeugnissen aus Getreide im Wege der rationierten Zuteilung gedeckt. Im Jahre 1921 wurde die Beschlagnahme der gesamten Ernte durch ein Umlageverfahren abgelöst, mittels dessen 2½ Millionen Tonnen Getreide aus der Landesernte erfasst wurden. Die öffentliche Versorgung wurde gleichzeitig auf Deckung nur noch eines Teiles des Bedarfs beschränkt, indem unter Zuhilfenahme einer eingeführten Menge von rund 2 Millionen Tonnen Getreide nur mehr 200 Gramm Mehl pro Kopf und Tag ausgegeben wurde, während die bislang gewährten Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen am 15. September 1921 die Roggenzulage von 800 Gramm pro Kopf und Monat am 15. Januar 1922 in Fortfall kamen; wegen des Mehrbedarfs wurde die Bevölkerung auf den freien Verkehr verwiesen. Man begründete damals diese Verringerung als durchaus notwendig damit, weil das aus der Not der Zeit entstandene Beschlagnahmesystem, je länger es dauerte, immer mehr die Erzeugung beeinträchtigte. — Das Ziel der Aufrechterhaltung eines einigermaßen gleichmäßigen und stetigen Brotpreises wurde, solange die volle Zwangswirtschaft bestand, durch zwangsweise Niedrighaltung der Getreidepreise erreicht. Seit Abschluss des Krieges wurden sehr erhebliche staatliche Aufwendungen dafür gemacht, die in Form von Beihilfenzuschüssen geleistet wurden und die Hunderte von Milliarden betrugen. Die Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide konnte sich als Kriegsmassnahme zur Sicherung der Volksernährung am längsten halten, obgleich sie niemals von den Behörden konsequent durchgeführt wurde. Es bedurfte wiederholter Vorstöße der Landwirtschaft und ganz bestimmt einer zähen Agitation zur Sicherung einer parlamentarischen Mehrheit. Nachdem sich die Demokraten und das Zentrum auf die Seite der Landwirte schlugen, war vorauszu sehen, daß die Reichs-Getreidewirtschaft dann fallen mußte. Der Reichstag, ausschließlich der Linksparteien, hat dann auch am 12. April d. J. mit 211 gegen 146 Stimmen bei einer Stimmenthaltung durch folgende Entschließungsannahme die weitere Getreideumlage abgelehnt:

„Die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft ist nicht mehr möglich. Von einer weiteren Getreideumlage muß daher abgesehen werden. Die rechtzeitige Sicherstellung einer für die Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen, der Verbrauchervertretungen, der Mühlen, der Bäcker und des legitimen Handels ist erforderlich. Eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Erwerbslosen, Armengeldempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Defizits in weitestem Umfang zu bewirken. Diese Belastung muß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres gesehlich festgelegt sein. Vorher wird die Reichsgetreidebestelle nicht aufgehoben werden. Das Ernährungsprogramm der Reichsregierung für das Jahr 1923/24 ist mit möglichst Beschleunigung vorzulegen.“

In dieser Entschließung ist den beiden Schlüsselfaktoren ein sozialer Frieden eingefügt und so eine Art „Armeuteilung“ wird noch für den Übergang des vollständigen Verschwindens der Rationierung geschaffen. Die Regierung hat jetzt dem Reichstag einen Gesetzesentwurf „zur Sicherung der Broterzeugung im Wirtschaftsjahr 1923/24“ unterbreitet. Darin heißt es im § 5:

„Um dem bedürftigen Teil der Bevölkerung den Bezug von Brot bei Fortfall der öffentlichen Broterzeugung zu erleichtern, sind im Wirtschaftsjahr 1923/24 Geldbeträge bereitzustellen. Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats die Bestimmungen über ihre Verwendung.“

In § 6 (der Entwurf hat nur 7 Paragraphen) wird bestimmt, daß die Geldbeträge durch „eine einmalige Abgabe in der Höhe des endgültig festgelegten Betrags der Zwangsanleihe erhoben“ wird, und zwar „von den Vermögenden, die der Zwangsanleihe unterliegen.“ Die Marktbrotversorgung wird für eine gewisse Ueberanzahl demnach noch aufrechterhalten, das ist auch so eine halbe Vorsichtsmaßregel von denen unsere Gesetzgebung nur so wimmelt und mit

denen in der Praxis leider nicht viel zu machen ist. Wie der Gesetzesentwurf nun endgültig vom Reichstag gestaltet wird, ist vorauszu sehen, nachdem die freie Getreidewirtschaft von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen wurde.

In absehbarer Zeit wird die Brotkrise verschwinden und mit ihr ein notwendig gewesenes Uebel aus dem Arbeiterhaushalt, an das man sich im Laufe der Jahre recht und schlecht gewöhnt hatte und mit dem besonders in den Kriegsjahren und im ersten Jahre nach Kriegsende unheimliche Schiebungen im Tauschhandel vorgenommen wurden. Der Brotkrise an und für sich wird niemand im Arbeiterhaushalt nachtrauern, denn sie war jahrelang die Bremse, mit dem Brotesse aufzuheben, wenn der Appetit geweckt worden war. Wie oft haben unsere Frauen, Mütter und Kinder dem feinsten Bäckermeister himmelstürmende Worte geben müssen, damit er im Voraus die Brotkrise beliefern, und doch war im Brotschrank der Arbeiterfamilie immer gährende Leere. Der lässliche Volksmund sagte dazu drastisch: „Die Mäuse können sich im Brotschrank blutblauen laufen, ehe sie eine Brotkrume finden.“ Gewiß ist es in der heutigen Zeit auch nicht anders geworden. Nur ein Unterschied besteht, denn wie die Brotkrise mit ihrer einschränkenden Wirkung in voller Blüte stand, war für die gewöhnlich Sterblichen auch für Geld kein Brot zu bekommen. Heute dagegen ist genügend Brot zu kaufen, nur fehlt es im Arbeiterhaushalt an dem nötigen Geld. Es ist also wie man so sagt: Gehuppt wie geprügelt!

Dem Uebel der verschwindenden Brotkrise folgt jedoch ein noch größeres auf dem Fuße: Die unausbleibliche Verteuerung des Brotes, sie hat sich bereits seit Anfang Juni mit einer dreifachen Preiserhöhung eingeführt. Diese verhängnisvolle Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels erfolgt noch unter dem System des Umlageverfahrens, also noch vor der neuen Ernte, mit der bekanntlich alle Preisfesseln fallen sollen. Die jetzige Preiserhöhung ist schließlich eine Folge der Preissteigerung oder des Verfalls der Mark. Amtlich wird dazu mitgeteilt:

„Die Preise, zu denen die Reichsgetreidebestelle Getreide und Mehl an die Kommunalverbände abgibt, sind trotz der ungemein starken und immer wieder eintretenden Geldentwertung des laufenden Erntejahres nur ganz wenige Male erhöht worden. Die letzte Preisfestsetzung auf 200 000 Mark für abgegebene Getreide stammt vom Anfang Januar. Diese Preisfestsetzung ist durch die Entwicklung längst überholt, da der Preis für das Auslandsgetreide beim Roggen jetzt rund 1½ Millionen Mark beträgt und auch der Preis für die zweite Hälfte des Umlagegetreides inzwischen auf durchschnittlich 600 000 Mark festgesetzt war. Dadurch sind im Laufe der Zeit derartige Verluste bei der Reichsgetreidebestelle entstanden, daß die Reichsregierung trotz ihres Bestrebens, auf die gesamte Preisgestaltung maßgebend einzuwirken, eine Fortsetzung des bisherigen Vorgehens bei der Reichsgetreidebestelle nicht mehr für tragbar erachten kann. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Festhaltung des Abgabepreises durchaus noch keine Festhaltung des Brotpreises bedeutet hat. Denn da der Anteil des Getreidepreises im Brotpreis durchschnittlich nur etwa drei Fünftel oder noch weniger ausmacht, so sind die übrigen Preisbestandteile, wie Unkosten für Transport zum Verbrauchsort und innerhalb desselben, Vermahlung, Verbackung und dergleichen, also ungefähr zwei Fünftel des Brotpreises (ein gewisser Unterschied besteht zwischen den Kommunalverbänden, die von der Reichsgetreidebestelle Getreide, und denen, die Mehl beziehen) der Geldentwertung auch seit Anfang Januar unterworfen geblieben. Das hat zur Folge gehabt, daß trotz der Festhaltung des Abgabepreises der Reichsgetreidebestelle die Brotpreise sich seitdem erheblich gesteigert haben, nämlich im Durchschnitt um fast zwei Drittel. In dieser Entwicklung muß, damit unsere Volkswirtschaft überhaupt aufrechterhalten werden kann, auch der Abgabepreis der Reichsgetreidebestelle eingestellt werden. Die beschlossene Erhöhung von 200 000 Mark auf 600 000 Mark wird wiederum, weil sie nur einen Teil des Brotpreises beeinflusst, nicht etwa in einer Ver vierfachung des Brotpreises, sondern je nach den örtlichen Verhältnissen, durchschnittlich nur in einer reichlichen Verdoppelung des Brotpreises sich auswirken.“

Das Reichskabinett hat sich mit dieser Festsetzung in den engstmöglichen Grenzen gehalten, wie schon daraus hervorgeht, daß der Preis für freien Roggen zur Zeit mehr als das Doppelte des geplanten Abgabepreises der Reichsgetreidebestelle beträgt. Die Hinausschiebung des Termins bis zum 4. Juni, die übrigens auch für die Vorbereitungen durch die Kommunen notwendig ist, wird die Möglichkeit geben, daß die öffentlichen Verbände und das Wirtschaftsleben sich mit den Gehältern, Löhnen, Unterstufungen usw. auf den neuen Brotpreis einrichten, damit der Brotpreis für die verbrauchende Bevölkerung tragbar ist.“

Die Hoffnung der Reichsgetreidebestelle, daß die Preiserhöhung in einer reichlichen Verdoppelung des Brotpreises sich auswirkt, hat sich nicht bestätigt. Neuere Kalkulationen haben ergeben, daß mit einer dreifachen Erhöhung zu rechnen ist.

Die Erhöhung des Abgabepreises der Reichsgetreidebestelle ist eigentlich schon seit Monaten fällig gewesen, nachdem die bürgerliche Reichstagsmehrheit den Wünschen der Agrarier nach Erhöhung des Umlagepreises zu weitgehend entgegengekommen ist. Die Ruhrkrise mag dazu beigetragen haben, daß man eine Erhöhung des Brotpreises abzuwenden suchte. Tatsächlich bestand bereits seit der Preisfestsetzung für das vierte Sechstel der Umlage eine erhebliche und inzwischen noch gewachsene Spanne zwischen dem Umlagepreis, den das Reich zahlte, und dem Abgabepreis, den das Reich von den Verbrauchern nahm. Die Differenz wurde bekanntlich durch Zuschüsse des Reiches getragen.

Eine derartige Zuschußwirtschaft konnte zwar den Verbrauchern zunächst die Wirkung der Getreidepreispolitik der Regierung ersparen, sie läßt sich aber auf die Dauer nicht aufrechterhalten, besonders nicht, nachdem mit dem nächsten Erntejahr die freie Getreidewirtschaft und damit ein von jeder behördlichen Bindung freier Brotpreis für den weit aus überwiegenden Teil der deutschen Broterzeugung in Kraft tritt. Zu diesem innerpolitischen Grund tritt ein außenpolitischer: bekanntlich hat die Entente seit jeher sich hart gegen die Zuschußwirtschaft bei der Broterzeugung gewandt, und zwar war es insbesondere England, das in der künstlichen Verbilligung des Brotes durch Staatszuschuß ein weiteres Mittel zur Förderung der deutschen Schleuderausfuhr und damit eine Bedrohung der eigenen Industrie sah, dem wird man auch bei den künftigen Reparationsverhandlungen Rechnung tragen müssen. Nachdem die bürgerlichen Parteien alle Versuche der Sozialdemokratie, durch einen Austausch von Stroh gegen Brot gegen die Getreide auf den Brotpreis verbilligend zu wirken, überstimmt hat, muß die Regierung auch selbstverständlich darauf bedacht sein, die Einführung der freien Getreidewirtschaft durch eine allmähliche Angleichung des Umlagepreises

an den freien Brotpreis vorzubereiten. Inwieweit ist die Entwicklung unvermeidlich; daß es aber so kommen mußte, liegt an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien, welche ohne Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher, trotz des Sturzes der Mark, jetzt den Zeitpunkt für gekommen hielten, das Umlageverfahren ganz zu beseitigen. Der Sturz der Mark, der die Preise für Auslandsgetreide in die Höhe treibt, hat die Entwicklung nun außerordentlich verschärft. Eine weitere Verteuerung mit dem Beginn des neuen Erntejahres ist sicherlich zu erwarten. Denn es war seit Jahren das Bestreben der Landwirte, von dem staatlichen Zwang loszukommen, nicht deshalb, um mehr zu erzeugen, nein, um noch mehr zu verdienen!

Für die Lohn- und Gehaltsempfänger geht nun das Verhandeln und Feilschen um mehr Lohn und Gehalt in erhöhtem Maße wieder los, wobei die Unternehmer bestrebt sein werden, die etwaige Lohn- und Gehaltserhöhung nur auf die Brotpreiserhöhung zu beschränken. Es wird voraussichtlich dabei in wohlberedener Absicht außer Betracht gelassen, daß eine Erhöhung des wichtigsten Lebensmittels, eine Preissteigerung auf allen Gebieten nach sich zieht; dazu gestellt sich nun noch der weitere Verfall der Mark um die Lebenshaltung der arbeitenden Masse immer untragbarer einzuschnüren. Angesichts dieser Notlage ist nun vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung der gesamten Reichsregierung den wirtschaftlichen Organisationen mitgeteilt, bei Lohnverhandlungen auf die gekunkelte Kaufkraft der Löhne ihr Augenmerk zu richten und für eine Abgeltung und Aufbesserung der Löhne zu sorgen. Diese Anweisungen, die an und für sich begrüßenswert sind, werden nicht besonders Eindruck auf die Arbeitgeber machen, dazu ist das Verständnis für die Not Dritter, bei ihnen in der Mehrzahl nicht scharf genug ausgeprägt. Die Anweisungen des Arbeitsministeriums können nur in die Tat umgesetzt werden durch entschlossenes und energieloses Drängen der organisierten Arbeiterschaft. Nicht nur das Brot ist erheblich im Preise gestiegen, sondern alles, alles was der Lebensunterhalt erfordert, ist lange vor der Brotpreissteigerung unheimlich im Preise nach oben geschwenkt. Die Brotpreiserhöhung wirkt sich also noch einmal auf alle Bedarfsartikel aus. Für unsere Kollegen heißt es darum, ohne Zaudern an die Arbeitgeber herantreten mit der Forderung: mehr und ausreichenden Lohn! Der Verband steht mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, helfend und stützend hinter ihnen, nicht nur um die weitere Verelendung zu verhindern, sondern auch auszugleichen, was die bisherige Notlage bereits angerichtet hat.

Eine kuriose Lohnbewegungsgeschichte.

An jedem Ort liegen gewiß Erfahrungen vor auf diesem Gebiet, und besonders unsere älteren Kollegen können viel davon erzählen, wie in früheren Jahren die Ausreden der Arbeitgeber geklungen haben, um tarifliche Regelungen zu verhindern. Heute dagegen, wo in der Natursteinindustrie drei Reichstarife bestehen, die alle Gesteinsarten erfassen, nebenbei noch für allgemein verbindlich erklärt worden sind und als Rahmentarife die Verpflichtung auferlegen, für bezirkliche oder örtliche Regelung zu sorgen, sollte man annehmen, daß ein etwas früherer Zug auch bei den Arbeitgebern allgemein Platz greift. Siniemalen das Recht des Arbeiters auf Mitraten und Mitentscheiden bei der Entlohnung von allen vernünftigen Menschen heute doch anders eingeschätzt wird wie in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wie gesagt, das sollte man heute als ganz selbstverständlich annehmen; denn die Existenz eines Arbeitgebers hängt sich immer nur auf die Arbeitskraft der von ihm beschäftigten Personen, die für ihn und seine Familie mitarbeiten. Es gibt unter den Arbeitgebern immer noch merkwürdige Käuze, die so tun, als wenn sie die Arbeiter erhalten und nicht umgekehrt. Doch wir wollen diesen Faden nicht weiter spinnen, sondern eine recht eigenartige Lohnbewegungsgeschichte kurz skizzieren, die neben allem Humor auch eine recht ernste Seite hat.

Ort: Dortmund. **Jahr:** 1923 (Januar bis Ende April). **Handelnde Personen:** Aus der Zwangsinnung für das Stein- und Grabhauwerk, sowie Steinmetzgewerbe und aus der Geschäftsstelle des Handwerksrats, außerdem aus der Zahlstelle Dortmund unseres Verbandes, der Kollege Bernhard als Vorsitzender, und einige Lohnkommissionsmitglieder.

Vorpiel: Das Lohnverhältnis der bei den Innungsmeistern beschäftigten Gehilfen ist in der Weise geregelt, daß Bausteinnehmer 15 Prozent über den in Dortmund gezahlten Maurerlohn und die Grabsteinnehmer „ungefähr“ den Lohn eines Maurers erhalten. Die Zahlstelle Dortmund, vertreten durch ihren Vorsitzenden, bemüht sich fortwährend, die nach genanntem Schema festliegenden Löhne im Verhandlungswege festzulegen und zu erweitern. Nun beginnt die richtige Handlung: „Die Innung lehnte konsequenterweise“ — so berichtet sie selbst — „ab, indem sie Herrn Bernhard“ — dem langjährigen Vorsitzenden unserer Zahlstelle — „die Zuständigkeit absprach.“ Man höre nur den Grund der Innungsmeister: Zu wenig Mitglieder vertrete Bernhard und es bestעה weiter das Bedenken, daß Herr Bernhard „den Charakter als Vorsitzender des Steinarbeiterverbandes dazu auszunutzen scheine, um für sich selbst bessere Lohnverhältnisse zu erzielen.“ Diese Begründung ist einfach zum auf die Bäume klettern, sie bleibt ein ewiger Denkflecken diplomatischer Innungsmeister-Weisheit aus dem Jahre 1923.

Die Zahlstelle Dortmund sperrte nun im „Steinarbeiter“ den Zugang für den Bezirk. Dem Vorsitzenden der Zahlstelle gelang es dann — immer nach dem Bericht der Innungsmeister — 5 Bausteinnehmer als Mitglieder aufzunehmen und eine Lohnverhandlung am 5. März wurde „gemacht“. Verhandlungsergebnis: Die Arbeitgeber lehnen in der Verhandlung eine Beratung ab, weil ein Mitglied der Arbeiterlohnkommission nicht bei einem Innungsmeister arbeitet und dieses Mitglied sogar in einer Versammlung von Arbeitnehmern „versucht hat, das Ansehen der Mitglieder der Innung durch Beleidigungen herabzuwürdigen.“ — So ein schändlicher Vorgang, daß ein Arbeiter sich erlaubt, an den Köpfen der Innungsmeister zu ziehen, wodurch deren Weisheit sich aufweisend noch mehr verhärtet hat. Also aus der Verhandlung über Löhne wurde nichts! — Nun unterbreiteten unsere Kollegen nochmals ihre Forderungen in präziser Form und eruchten in kurzer Frist um entl. Verhandlungen oder Anerkennung der unterbreiteten Forderung. Darauf nun von der Innung ein langer Schreibbrief, worin beteuert wird, daß sie keine Verhandlung ablehnen, nur die nötige Frist müsse eingehalten werden, dann ein angemessener Ton angeschlagen werden, keine ultimative Form usw. Dann wird in dem Schreiben zu den Forderungen Stellung genommen und einleitend gnädigst

mitgeteilt: „Den RAB. für Steinmetzen, Marmor- und Grabmalbetriebe erkennen wir an, da derselbe nach Mitteilung unserer Spitzenorganisation für das Deutsche Reich für allgemein verbindlich erklärt worden ist.“ Die geforderte Erhöhung der Löhne für Bau-Steinmetzen wird abgelehnt und, dann am Schlusse gesagt: „Die Regelung der Löhne für Grabsteinmetzen kann nicht eher vorgenommen werden, als bis Sie uns den Nachweis erbringen, daß Sie für die Vertretung derselben zuständig sind.“ Hier also wieder der alte Trick aus dem vorjährigen Jahrhundert, die Drückeberger-Ausreden desopfert Innungsmeister. Es ist wirklich zum Lachen, wie man sich in dieser Dortmund der Zwangsinnung hinter Kompetenzfragen verschauelt, statt klipp und klar zu sagen, was mit der Entlohnung wird. Es hat bald den Anschein, als wenn sie von dem ewigen Notenwechsel der deutschen Regierung mit der Entente etwas abgekriegt haben und nun auch ihre Diplomatie leuchten lassen wollen. Nun kommt der Ausklang dieser Theater-Logen-Verhandlungs-Wurzel: Schlichtungsausschuss, Gültiger Spruch für die Steinmetzen. Die Innungsmeister lehnen natürlich ab, die Zöpfe wackeln erzellt! Antrag der Steinmetzen auf Verbindlichkeitsklärung. Darauf Verhandlung mit einem Regierungsrat und den beiden Parteien; ein Vergleich kommt zustande, der den Kollegen den größten Teil des Schlichtungsspruches vom Schlichtungsausschuss wieder aus der Hand schlägt. — Nun ist hier Schluss, wenigstens vorläufig; die Zöpfe hängen ruhig!

Die Schlussfolgerungen? Wenn man von einem Theater keinen Penaten zutreibt und denkt über das Gehörte und Gesehene nach, dann sucht man wohl meistens die Tendenz der Handlung sich nach einmal zu vergegenwärtigen; es gefint nicht immer, obgleich jede Handlung eine Tendenz in sich birgt! Welche Tendenz verfolgen nun die Mitglieder der Dortmund Zwangsinnung? Ganz einfach! Nach außen hin geben sie sich verhandlungsbereit, bei den Verhandlungen selbst sind sie lächerlich kleinlich und altmodisch, und verhandlungsbereit ist nach ihrer Ansicht noch lange nicht entgegenkommend auf die Forderungen der Arbeiter. Das ist ein ziemlich abgenutztes Verfahren und wenn die Dortmund Zwangsinnungsmeister mit ihrer Vertretung im Handwerksgewerbe glauben, noch einmal diese Struppe ziehen zu können, dann sind sie sicherlich auf dem Holzwege. Die Folge wird nun sein, daß die Dortmund Steinmetzen auf Grund der vorliegenden Erfahrungen eine andre Taktik beobachten müssen, die allerdings mit dem Tarifgedanken nicht viel zu tun hat, sie basiert mehr auf das Recht des Stärkeren nach dem System: Daumen auf's Auge. Dahin treibt die kuriose Lohnbewegungsgeschichte in Dortmund im Jahre 1923; wollen die Zwangsinnungsmeister diese Art Lohnregelung? Wir weisen nicht aus und nehmen den Ringkampf auf. Die „künftigen“ Steinmetzen, die dem gewachsen sind, werden sich in Dortmund schon einfänden.

Die Verschmelzungsfrage im Steinmetzen-Verband.

Auf dem vom 21. bis 24. Mai in Gera stattgefundenen Verbandstage der Steinmetzen, Plasterer und verwandte Berufsangehörigen Deutschlands spielte die Verschmelzungsfrage die größte Rolle. Der Verband wird, wie unser Verband, seit Jahren vom Bauarbeiterverbande, dem jetzigen Bauarbeiterverband, wegen des Zusammenschlusses umworben, doch waren die Kräfte für Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit bisher stärker, so daß die vom Bauarbeiterverband ausgehende Propaganda nicht die gewünschten Früchte zeitigte. Die außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse schienen den bisherigen Selbstständigkeitswillen gebrochen zu haben, viele an den Verbandstag gerichteten Anträge auf Verschmelzung erkennen ließen, doch schlug die Stimmung für eine solche um, nachdem der Geschäftsbericht des Vorstandes für den ersten Teil dieses Jahres bekannt wurde.

Der Verband der Steinmetzen zählt 10 300 Mitglieder, die sich auf 8 Gauen mit 320 Filialen verteilen (der Steinmetzenverband hat gegenwärtig 520 Filialstellen). Am 16. Mai 1923 ergab sich für 1923 im Steinmetzenverband folgende Abrechnung: Einnahme und alter Bestand 51 000 000 Mk., Ausgabe 24 000 000 Mk., gegenwärtiger Bestand: 27 000 000 Mk. Dieser Restbestand entspricht im Verhältnis den Restbeständen größerer Verbände, wie auch dem unserer. (Wir schlossen Ende des 1. Quartals 1923 mit rund 150 000 000 Mk. bei einer Mitgliederzahl von 52 300 ab.) Dieses Ergebnis wirkte auf viele Verschmelzungsstreunde äußerst ermutigend, doch wurde dem dringenden Räte der Verbandsleitung stattgegeben und die Verschmelzung gegen 4 Stimmen (von 26) beschlossen.

Offen blieb jedoch die Frage, mit welchem Verband die Verschmelzung vor sich gehen soll. Die Verbandsleitung hat es für richtig gehalten, keinen der Bewerber (Bauarbeiter und Steinmetzen) zu empfehlen. Unbeeinflusst sollten die Mitglieder selbst entscheiden. In dieser Situation glaubten auch die Verbandsstagsdelegierten die entscheidende Verantwortung nicht übernehmen zu können. Und so wird eine Urabstimmung das letzte Wort zu sprechen haben.

Fällt die Entscheidung zugunsten des Steinmetzenverbandes aus, so erhalten wir eine kampferprobte, wohl disziplinierte Gruppe

zum Bundesgenossen. Die an und für sich schon starke Berufsgruppe des Baugeschäftes (Plasterer und Schotter) erhielt durch die Steinmetzen und verwandte Berufsangehörigen eine willkommene Stärkung, die in beiderseitiger Ergänzung und Unterstützung zu den besten Hoffnungen berechtigt. Das Vertrauen in die eigene Kraft würde zweifellos in beiden Gruppen (Steinmetzen und Plasterer) eine wesentliche Stärkung erfahren, weshalb wir den Zusammenschluß mit Freuden begrüßen würden. Vereint werden beide Verbände leichter den äußeren und inneren, gegen den Bestand und das Wirken der Organisation gerichteten Stürmen trotzen.

Ein wichtiger Hinweis.

Bei Bearbeitung einer gewerbetätigen Angelegenheit erhielt die Gauleitung in Liegnitz (Kollege H. Senft) eine behördliche Zuschrift über die Tätigkeit der Gewerbetätigen. Diese Zuschrift hat jedenfalls Anspruch darauf, allen Kollegen bekannt zu werden; insbesondere den Gauleitungen und Betriebsräten ist dringend zu empfehlen, den Inhalt des nachstehenden zu beachten und davon auch Gebrauch zu machen. Er lautet:

„Landesgewerbeämter sind in Bayern und Baden schon seit 15 Jahren, in Sachsen seit einigen Jahren tätig. Unter Zustimmung sämtlicher Parteien des Landtages hat 1920 Preußen auch fünf derartige Stellen eingerichtet. Diese Ämter sind Gewerbeaufsichtsbeamte im Sinne des § 139b der Reichsgewerbeordnung, haben aber keine polizeilichen Befugnisse. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, den Gesundheitszustand der Arbeiter im allgemeinen zu beobachten und im besonderen darauf zu achten, ob durch die gewerbliche Arbeit Gesundheitsschädigungen bei den Arbeitern festzustellen oder zu erwarten sind.“

Im Einvernehmen mit den technischen Gewerbeaufsichtsbeamten sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirken sie auf die Beseitigung bedenklicher oder schädlicher Zustände hin. Einen Einblick in die bestehenden Verhältnisse verschafft sich der Gewerbearzt durch Betriebsbesichtigungen, die unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und in der Regel wohl gemeinsam mit den technischen Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommen werden. Hierbei ist auch jedem einzelnen Arbeitnehmer Gelegenheit gegeben, persönliche Beobachtungen und Ansichten über seinen Gesundheitszustand und den seiner Arbeitsgenossen vorzubringen. Aber auch sonst steht der Landesgewerbearzt für schriftliche und mündliche Anfragen und Mitteilungen allen Beteiligten zur Verfügung. Derartige Anregungen können mitunter recht wesentliche Aufführungen bringen oder den Anlaß für erprießliche Untersuchungen sein.

Von hohem Wert für die Beurteilung des Gesundheitszustandes der Arbeitnehmer wird die Mitarbeit der Krankenkassen sein und der Landesgewerbearzt hat deshalb den dringenden Wunsch, daß er von auffallenden Beobachtungen, die sich aus der Krankenkassenstatistik oder auf anderem Wege ergeben, in Kenntnis gesetzt wird. Außerdem bringt der Landesgewerbearzt allen Bestrebungen zur Förderung des Gesundheitszustandes und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter größtes Interesse entgegen und unterstützt sie soweit es ihm möglich ist; mag es sich nun um Bestrebungen allgemeiner Art, wie Körperpflege, Leibesübungen handeln oder um Untersuchungen zur Feststellung, welche Arbeiter für eine bestimmte Arbeit besonders geeignet sind.

Der Landesgewerbearzt oder Gewerbetätigenrat für den Aufstichbezirk Breslau, der die Provinzen Nieder- und Oberschlesien und Ostpreußen, sowie die Regierungsbezirke Schneidemühl, Marienwerder und Köslin umfaßt, hat seinen Sitz in Breslau (Anstich Gewerbetätigenrat Breslau, Regierung, Abteilung Schloß, Fernsprecher Ring 8197).

Er ist auch in der Lage, in seinem Dienstzimmer ärztliche Untersuchungen vorzunehmen, sowie Blut- und ähnliche Laboratoriumsuntersuchungen. Die Untersuchungen sind kostenlos.

Somit die Schilderung der umfangreichen Tätigkeit der Gewerbeärzte. Wir machen nochmals auf unsere einleitenden Worte aufmerksam und bitten bei ev. vorzunehmenden Anträgen oder sonstigen Hinweisen in erster Linie die Gauleitungen und dann den Zentralvorstand zu benachrichtigen. Sie sind selbstverständlich sehr gern bereit, etwaige Beschwerden oder Wünsche der Kollegen nach Beschaffung von Unterlagen oder eigener Befichtigung weiterzuleiten und zu verfolgen. Wir erlauben die Kollegen, sich im Bedarfsfälle vertrauensvoll dieser äußerst begrüßenswerten Einrichtung zu bedienen. Nähere Informationen sind bei den Gauleitungen ev. einzuholen. Mangelhafte Arbeitsräume, ungenügende Entsaubungs- oder Bepflanzungsanlagen, Lebens- oder gesundheitsgefährliche Bruchanlagen, feimhaltiges Trinkt Wasser, schlechte oder fehlende Abortanlagen, Beobachtungen über Erzeugung von Staubpartikeln durch ähnde Oele oder Fette an den Werkzeugen, fehlende oder unzureichende Unterfunts- oder Aufenthaltsräume usw. geben und müssen jedem auf seine und seiner Mitarbeiter Gesundheit bedachten Arbeitskollegen Veranlassung geben, auf Abhilfe zu drängen und hierzu bediene man sich der dazu geschaffenen Stelle, oder gebe den Gauleitungen ev. der Zentralleitung mit genauer

Beschreibung Kenntnis. Auf Wunsch wird der Name des oder der Angeber nicht genannt werden, in diesem Falle werden die Gauleitungen sich vor Weitergabe erst von den Umständen überzeugen. Unseres Wissens sind für Preußen fünf Gewerbetätigenräte vorhanden, und zwar in Berlin, Wiesbaden, Erfurt, Düsseldorf und Breslau. In den Händen dieser Stellen liegen zur Zeit auch die von unserem Verbande angeregten allgemeinen Erhebungen über den Gesundheitszustand der Steinmetzen. Daß sich jeder einzelne Kollege der nun bald erfolgenden körperlichen Untersuchung gerne unterziehen wird, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Mehr denn je geben uns die traurigen Ernährungsverhältnisse Anlaß, alle irgendwie vermeidbaren Schäden unserem Körper fernzuhalten. Unsere und unserer Familie Interesse gilt es zu schützen, nicht zuletzt dienen wir damit aber auch dem Allgemeinwohl.

Der Verbandstag des belgischen Steinmetzenverbandes.

Der Kongreß tagte am 29. April in Brüssel. In sechs stündigen Verhandlungen wurden die laufenden Geschäfte, Jahresbericht und Abrechnung 1922 und einzufliegende Taktik pro 1923 erledigt. Dem Feler wird dies unglaublich erscheinen und doch muß hier festgestellt werden, daß in befragter Zeit der gut vorbereitete Kongreß die vorliegenden Anträge vorher in ausgiebiger Art von allen Sektionen beraten waren, seine Arbeit gründlich erledigte.

Um dies verstehen zu können, müssen wir uns vorerst den Steinmetzenverband Belgiens und seine Administration betrachten.

Der Verband zählt am Jahresstich 25 800 Mitglieder, verteilt auf 10 Distrikte. Von diesen sind beachtenswert: Distrikt Hainaut mit 6458, Liège mit 5499, Tournai mit 6194, Verviers mit 3409 Mitgliedern. Die Mitglieder befinden sich in diesen Gegenden ganz nahe beieinander, es bedarf keines großen Zeitverlustes, um diese 21 000 Mann beisammen zu haben. Dies erleichtert natürlich die administrativen Arbeiten gewaltig. Im Zentralbureau in Causines, mitten im Steinbruchgebiet, ist nur ein Sekretär (Kollege Martel) angestellt. Nebst ihm besteht der Verband aus 8 Provinzsekretären. Die letzteren haben die weitestgehenden Vollmachten in bezug auf alle Verbandsarbeiten und Unterstützungsmaßnahmen. Der Zentralsekretär hat eigentlich nur die Ueberwachung der Provinzsekretäre und die Führung der Verbandskasse zu besorgen.

Auf diese Weise ist es erklärlich, daß auf dem Verbandstage die administrative Tätigkeit gar nicht berührt wird. Wie der Verband schafft, sehen wir am besten aus dessen Jahresbericht. Der Kampfsfonds verzeichnet Einnahmen von 980 117 Fr., Ausgaben für Streiks pro 1922 waren 1 080 999 Fr., überdies wurden hierfür aus der Kassenkasse noch 76 833 Fr. entnommen. Für die Arbeitslosenunterstützung waren die Einnahmen 556 653 Fr., wovon 165 000 Fr. von Staat und Gemeinden bezahlt sind. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beliefen sich auf 362 074 Fr. Die Verwaltungskasse verzeichnet Einnahmen 103 454 Fr. und Ausgaben 108 777 Fr. Die Solidaritätskasse, meistens aus Zinsen angelegter Gelder gespeist, weist Einnahmen von 17 962 Fr. und Ausgaben von 8496 Fr. auf. In all diesen Kassen befand sich Ende 1922 ein Barvermögen von 463 701 Fr.

Der Kongreß in Brüssel war von 100 Delegierten besucht, er wurde von dem vor 25 Jahren den Verband gründenden Kollegen Lallemand präsentiert. Nebst dem Berichterstatter war noch Kollege Sino von Holland anwesend. Sowohl Verbands- wie auch Provinzsekretäre erstatteten kurz Bericht, dabei Wiederholung aus den gedruckt vorliegenden Jahresberichten unterlassend. Daß die Belgier Kampfsorganisationen haben, beweisen einige Streiks von Umfang bis zu 4000 Mann und Dauer von 7 bis 13 Monate. In den großen Steinbrüchen sind die Kollegen zu 100 Prozent organisiert. Obwohl die Sektion Zeumont sich auf französischem Boden befindet, sind die Beziehungen mit Frankreich die besten. Eine Annäherung an den Bauarbeiterverband scheint gar nicht gegeben zu sein und bedenklich man sich auf gegenseitige Respektierung.

Alle diese Berichte wurden ohne Diskussion genehmigt und der Verbandssekretär mit Enthusiasmus im Amt weiter bestätigt. Aus den Verhandlungen entnehmen wir kurz folgendes:

Für die höhere Arbeiterkategorie und die Besuchsmöglichkeit der Mitglieder wurde eine Summe von 20 000 Fr. festgesetzt. Bezüglich der zu erhebenden Familienunterstützung vieler Mitglieder war man sich klar, kritisierte aber, daß hierin der Staat und die Gemeinden zu wenig entgegengekommen und daß es in erster Linie an der Organisation sei, für gleiche Leistungen gleiche Löhne zu verlangen. Einem Vorschlag der Landesregierung zur Einführung paritätischer Schiedsgerichte bei Lohnbewegungen mit endgültigem Entscheid konnte nicht zugestimmt werden und wurde Protest dagegen eingelegt. In der Provinz Namur wird ein weiterer Sekretär angestellt, jedoch sind nötigenfalls die Sekretariate Namur und Liège zusammen zu legen. Zugunsten der im Lande ausgesperrten 11 500 Glasarbeiter wurde eine obligatorische Ertragssteuer, zahlbar in monatlichen Raten, für alle Mitglieder beschlossen. Sodann wird noch

Schwarzer Marmor

Wer kennt Helsen-Nassau?
Alle kennen Helsen-Nassau.
Wer kennt Weiburg in Helsen-Nassau?
Viele kennen Weiburg in Helsen-Nassau.
Wer kennt den Schwarzen Marmor von Weiburg?
Mancher kennt den schwarzen Marmor von Weiburg.
Wer aber kennt Schupbach?
Kein Mensch kennt Schupbach.
Und beim Dorfe Schupbach in Helsen-Nassau wird doch gebrochen die Weltberühmtheit: Der Schwarze Marmor von Weiburg. Weiburg ist die Kreisstadt des Schupbacher Schwarzmarmorbezirkes.
Der Bezirk ist ein lieblich gegliedertes Wellenland.
Monat April.
Silbern sprudelt der lustige Kerkerbach.
Hohe Sperber zirkeln sonnengolden.
Weißwolken duffen wie Rosen.
Reife knirscht es im Buchenwalde: die Lanzettspitzen der Buchenweige springen auf: Frühlings ist da!
Und dunkler Tannwald auf den höheren Berggruppen — dunkel wie ein altes Ritterheer vor der Schlacht.
Ein tiefer Bodenabschnitt: Die Schlucht.
Aus der Schlucht herauf Gekirre, Gehämmer, Gemeißel und leiser Blausioletter Quack:
Die Männer vom Steinbruch sind an der Arbeit.
Schwarzmarmorbruch!
Stein in den Bruch.
Willkommenhände begrüßen uns.
Das Gebirge zeigt uns seine schwarzen Riesenzähne: die unförmigen Schwarzmarmorblöcke.
Schrill schreit und heult die Bohrmaschine — und der Berg brüllt und heult — bei lebendigem Leibe bricht man dem Berge die Knochen aus.
Schwarzer Marmor.
Kostbares Gestein!
Einst körniger Urkalk — dann bei Wellentataltropfen durch vulkanische Wehdämpfe zu fester Masse verbunden.
Schwarzer Marmor.
Trauergestein!
Aber die Schwarzmarmorarbeiter sind nicht traurig — Hell glänzen deren blanke Augen.
Freude am Werk!
Freude an der herrlichen Gebirgsnatur ringsum.
Gelbe Falter kommen auf Besuch: Die Zitronenfalter. Und blaue Falter kommen auf Besuch: Die Orionfalter. Und schnellfliegende Weißfalter kommen auf Besuch: Die prächtigen zolengroßen Segelfalter.

Und die Singdrossel schenkt ihr Lied.
Und der erste lustig-spöttische Kuckuckruf.
Freundliche Winde werfen Blütenkränze.
Glück! draußen in der lebenssprühenden Natur zu arbeiten.
Eine Straßenlokomotive.
Wie die prustet!
Schwere Last. Gesteinsungeheime auf Anhängern.
Marmorblöcke. Schwarzmarmorblöcke.
Bierartig.
Würfelartig.
Riesenkübel — groß wie ein Zimmer.
Geht an die Staatsbahn.
In die Schleiferei.
Und daraus wird Raminäms für das Herrenschloß.
Wird Grabsteinplatte.
Wird Zierstück für ein nettenduftendes Damenzimmerchen.
Wird schwarze Badewanne für ein weißes Gefälligkeitsmädchen.
Schwarzer Marmor.
Kostbarster Stein.
Alle lieben den!
Wer aber liebt die Männer vom Steinbruch?
Ach — die sind vergessen! Keiner liebt die! Keiner denkt an die!!
Doch! — einige Leute lieben die Schwarzmarmorbrecher.
Wenigstens die Waghähnen der Schwarzmarmorbrecher.
Kommen da von Weiburg herauf in das Gebirge die Priester der schwarzen Rückständigkeit.
Die denken: Schwarz zu Schwarz!!
Kommen herauf auch die fuchsbärtigen Nationalisten, die mit den schwarzweißroten Dolchmäulern: den Steinbrucharbeitern able Vermählungen aufzuhalten.
Die Steinbrecher aber tragen auf ihren stolzen Häuptern Kränze von blühendem Rotdorn —
Die Marmorbrecher verjagen die Schwarzröde und die Schwarzweißrotmäuler.
Die Herzen der Steinmänner sind rot. Mohrrot und Kleerot.
Kommt dann aber mal ein sozialistischer Redner nach Schupbach herauf:
Sei, da ist Freitag!
Dann schweigt die Arbeit im Bruch.
Und selbst die weißbusige Jungfer Sonne zieht alsdann ihr rot-leidenes Festkleid an.
Weber dem schwarzen Marmorbrüche aber zirkelt dann hoch oben in der irisblühenden Blauluft der rote rote Habicht:
Mutig sein Schrei!!
Jahr 1923.

Die Einheitsfront.

Vier Steinmetzen saßen nach Jahr und Tag
Erstmalig wieder beisammen,
Der Krieg hatte sie auseinandergebracht,
Den empört sie gemeinsam verdammten.
Vom Krieg fällt denn auch kein Wort ins Gespräch,
Sie haben genug von dem Jammer,
Dem Daseinskampf gilt ihr Meinungsaustausch,
Dem Gleichnis von Ambos und Hammer.
Warum spielt noch immer das Arbeitsvöll?
Die Rolle des Ambos, die schwere,
Warum schleudert's den Hammer nicht herab
Auf der Gegner gekörnte Wehre?
„Ich will's euch sagen“, der eine spricht,
„Es fehlt an der Einheitsfront,
Die wegen eurer Indifferenz
Durchaus nicht zustande kommt.“
„Indifferentismus, das ist karz“,
Der zweite sich läßt vernahmen,
„Zu deiner Partei gerechnet zu sein,
Müß' ich mich wirklich schämen.“
„Die richtige Partei nur die meine ist!“
Sagt der dritte voll Ueberzeugung.
Doch glaubt's ihm keiner
Trotz eifrigster stets wiederholter Beteuerung.
Am schlechtesten ergreift es dem vierten jedoch,
Er weiß nicht woher noch wohin,
Seit keiner Partei er Ballet gefagt,
Mit unersöhnlichem Sinn.
So streiten die Vier sich stundenlang
Um Recht und Wert der Parteien,
Und merken nicht, wie im Meinungsstreit
Sie sich mehr und mehr entzweiten.
Wie viele Proleten streiten sich heut
Um rechts, um links, um die Mitte,
Indessen sich härtet der Kapitalist
Als der Schmungeleln lachende Dritte.

auf eventuelle Unterstützung der bevorstehenden Kämpfe der Eisenbahn- und der Bauarbeiter des ganzen Landes hingewiesen. In diesen Berufen sollten Lohnreduktionen vorgenommen werden.

R o l b.

Aus den Zahlstellen.

Die Aussperrung im Bayerischen Wald beendet. Der niederbayerische Unternehmerverband sperrte bekanntlich unsere Kollegen am 11. April mit der Absicht aus, für den Bayerischen Wald einen Lohn zu erzielen, der um mindestens 30 Prozent geringer ist, als die Löhne des Nördelgebirges. Da die Löhne des Nördelgebirges für das rechtsrheinische Bayern durch das Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt waren, stellte diese Aussperrung zugleich auch einen Protest gegen das R.A.M. dar. Die Unternehmer rechneten damit, daß unsere Kollegen durch die gegenwärtig nicht rofige Geschäftslage gezwungen werden können, sich den Bestrebungen der Unternehmer zu unterwerfen. Die Erwartungen der Unternehmer gingen nicht in Erfüllung. Die Geschlossenheit, mit der unsere Kollegen dem Kampf nicht auswichen, sondern auch durchführten, war die Veranlassung, daß uns die Unternehmer für den 24. Mai zu Verhandlungen eingeladen haben. Nach mehrstündigen Auseinandersetzungen konnte diese Aussperrung durch folgende Vereinbarung beendet werden.

Zwischen dem Verband der niederbayerischen Hartsteinindustrie und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Gau Buxtehude) wird folgende Vereinbarung getroffen:

Die Spannung zwischen der jeweiligen Teuerungszulage des Nördelgebirges und des Bayerischen Waldes beträgt minus 15 Proz. auf Afford und Zeitlohn zugunsten des Verbandes der niederbayerischen Hartsteinindustrie.

Die beiden Verbände erkennen die Antwort des Reichsarbeitsministeriums auf den Einspruch des Verbandes der niederbayerischen Hartsteinindustrie als rechtsverbindlich an. Die Arbeitgeber des genannten Verbandes sind berechtigt, die eventuellen Nachzahlungen in Raten zu leisten.

Die Arbeiter müssen an ihre, vor der Aussperrung imgehabten Arbeitsstätten zurückkehren. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen zulässig. Irigendwelche Minderungen aus Anlaß der Aussperrung werden nicht vorgenommen, desgleichen gilt die Aussperrung bezüglich der Urlaubsgewährung nicht als Arbeitsunterbrechung.

Die Grundlöhne (Afford und Zeitlöhne) werden genau dem Nördelgebirge gleichgestellt.

Die Arbeitsaufnahme beginnt womöglich sofort, spätestens am Montag, dem 28. Mai 1923.

B a s s a u, den 24. Mai 1923.

(Folgen die Unterschriften.)

Osterholz. Durch die Notiz im „Steinarbeiter“ über die hohen Dividenden der Aktiengesellschaft haben nicht nur die Kollegen ihr Augenmerk auf unsere Zahlstelle gelenkt, sondern sogar andere Unternehmer haben Anstoß daran genommen, allerdings nicht an den hohen Dividenden, sondern an der Kritik des Steinarbeiters. Man sollte nun meinen, daß in einem Geschäft, das solchen verhältnismäßig hohen Gewinn abwirft, alle sonstigen Einrichtungen wie zu verlangen vorhanden sind und die Behandlung usw. dementsprechend ist. Aber damit steht es hier noch recht mies aus. Es sind tatsächlich für die Steinarbeiter traurige Zustände in Osterholz. „Es ist nichts da! Gehen Sie zur Bank! Nicht, daß ich nicht will, nein ich kann nicht!“ So antwortet der Herr Direktor der Oberbayerischen Sandsteinbrüche A. G. den Lohnkommissionsmitgliedern bei den Lohnverhandlungen. Ein paar Wochen später steht man zum ersten Mal in Osterholz vor einer besetzten Arbeiter: 400 Prozent Dividende! Trotz dieser horrenden 400 Prozent Dividendenverteilung, diesem unerhörten hohen Gewinn der Aktionäre (was sind dagegen die paar lumpigen Lappen, die der Arbeiter bei der Lohnzahlung erhält), herrschen hier auf dem Werkplatz Osterholz Zustände, die jeder Beschäftigungspotten. Die 20 hier beschäftigten Steinmehrer haben nur fünf Werkzeuge, als 2-3 Mann unbedingt zur Verfügung haben müssen. Es ist keine Seltenheit, daß einige Kollegen in der Woche 1-2 Spitz- oder Schlagseilen erhalten. Wer eigenes Werkzeug hat, bringt dies mit und braucht es auf, ohne auch nur eine geringe Vergütung zu erhalten, die anderen mögen sehen, wie sie ihren Lohn verdienen. Kränkel sind drei Stück für den ganzen Platz da. Daß dabei das Werkzeug recht stumpf wird, liegt klar auf der Hand. Wieviel mehr Staub wirbeln doch stumpfe Werkzeuge auf und um wieviel Jahre wird dadurch den Steinhauern dann das ohnehin kurze Leben noch verkürzt! Alle Vorstellungen helfen nicht. Als Antwort auf eine Beschwerde gibt der allgewaltige Herr Direktor zur Antwort: „Wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie zu Hause bleiben!“ Dieser humane Herr hat ein Wesen, eine Behandlungsweise an sich, die alles zu wünschen übrig läßt. Beim Ansehen eines Steines kann es vorkommen, daß man denselben mit den Fingern angreifen bekommt, ohne daß der Herr Direktor auch nur die Lippen auseinander macht. Vor dieser „Blas-Stein-Obigkeit“ haben die Steinarbeiter leider einen heillosen Respekt. Keiner wagt eine regelrechte Auseinandersetzung, um sich nicht der Rache in Form von harten Steinen oder sonst weniger vorstellbaren Stücken auszusetzen. Und doch wäre das Wagen so dringend nötig. Der Herr ist aus der alten Schule und kann sich nicht den jetzigen Verhältnissen anpassen. Als nach der Maffier das Sozialistenlied gesungen wurde, hat er versprochen, dies den Betreffenden einzutragen, also sich zu rächen. Kein Wunder. Denn in dieser Beziehung steht er nicht allein. Auch einige Kollegen, die man im Arbeiterjargon „halbleben“ nennt, wehren über die Maffier, über den Hunger, den sie dadurch leiden müssen. Es geht das Gerücht, daß gerade von dieser Seite dem Voller vieles hinter dem Rücken der Kollegen überbracht wird. Der Krug geht solange zum Brunnen bis er bricht, und den Verrat sieht man, jedoch nicht den Verräter. In Nr. 18/19 des Steinarbeiters heißt es, daß die Arbeiter hier in Osterholz „eine Zählkarte und Härte hätten, die dem Oberbayerischen Sandstein gleich“. Das stimmt nicht ganz. Bisher habe ich noch keinen Platz getroffen, wo solche Uneinigkeit herrscht wie hier. Trifft die Kollegen nicht auch ein gut Teil Schuld mit, daß sich solche Zustände eingebürgert haben? Jetzt wird es schwer halten, hier wieder geordnete Zustände zu schaffen, denn die Zählkarte und Härte, die den Steinarbeitern zugeschrieben wird, besitzen nicht diese, sondern nur die Leitung. Wer versucht, hier Remedur zu schaffen, der hört von dem Herrn Direktor Worte wie: „Lasse Sie mit zwei Mann raus schmeißen“, dazu noch Worte, die man in der Zoologie anwenden könnte. Hoffentlich trägt dieser Artikel dazu bei, daß die Kollegen energischer vorgehen und die Werkleitung aber von oben bis unten ihren Leuten eine bessere Behandlungsweise angeheißt.

Maroldswiesbach. Am Dienstag, dem 27. Februar, fand beim Kollegen Schubert eine sehr gutbesuchte Gewerkschaftsversammlung statt. Gausleiter Lohse beleuchtete nach langer Zeit wieder einmal unsere Zahlstelle. Er berichtete über die Lohnverhandlung in Nürnberg. In der Kritik wurde von einigen Kollegen der Antrag gestellt, daß bei künftigen Lohnverhandlungen auch die Afford gleich geregelt würden, denn nach jeder Lohnverhandlung hat man mit den Unternehmern zu kämpfen, besonders in den heißen Schotterwerken. — Kollege Lohse gab einen ausführlichen Bericht über Bolawind; leider muß bedauert werden, daß dort sämtliche Kollegen zum christlichen Verband übergegangen sind, es kommen jetzt 70 Kollegen in Frage. — Infolge der Veränderung mußte eine Ergänzungswahl vorgenommen und der örtliche Vorstand neu gebildet werden. — Kollege Lohse erwähnte die noch treubleibenden

Kollegen, an der freien Gewerkschaft festzuhalten und das Band noch fester zu schließen. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Große Entrüstung herrschte unter den Kollegen, daß unter Kaffierer, der seit Bestehen der Zahlstelle kein Amt gewissenhaft und mit größter Sorgfalt verwalte, von einzelnen Elementen der „neuen“ Christlichen und Abtrünnigen Sachen vorgetragen würden, die sich die hiesigen Kollegen nicht gefallen lassen können, denn unter Kaffierer verdient das größte Vertrauen. Die Einigkeit, die bis jetzt in unserm Betrieb Maroldswiesbach herrscht, wird auch fernerhin so bleiben. Das ist unser Wahlpruch.

Ramenz. Am 3. März fand unsere erste Monatsversammlung statt, die leider nicht gut besucht war. Der Mahnruf des Vorsitzenden in der Jahresversammlung an die Kollegen, die Versammlungen im neuen Jahr besser zu besuchen und somit die Ortsverwaltung durch Mitarbeit zu unterstützen, ist von den meisten Kollegen unbeachtet geblieben. Sind es doch immer ein und dieselben in der Versammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte sich die Wahl eines neuen Schriftführers notwendig, da Kollege Wende sein Amt in der Sitzung der Zahlstellenfunktionäre niedergelegt hatte. Das Rundschreiben des Zentralvorstandes und die darauf einseizende Debatte, in der Wende vom Vorsitzenden auf seine Schlagwortphrasen die nötige Antwort bekam, war der Grund, daß er seinen Posten niederlegte. Große Schlagworten haben, ist leichter als praktische Arbeit leisten. Als Schriftführer wurde darauf Kollege Hönisch gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde vom Vorsitzenden die letzte Teuerungszulagenverhandlung bekanntgegeben. In der darauf einseizenden Debatte wurde dem Vorgehen der Verhandlungskommission zugestimmt. Weiter wurde der Beitragsregelung von der 7. Beitragswoche ab, die die Ortsverwaltung mit den Funktionären festgelegt hatte, zugestimmt. Vom Kollegen Menzner wurde der Antrag der Sammlung für den über ein Jahr kranken Kollegen Klingner bekanntgegeben. Die Sammlung ergab 11 200 Mk. Die Abrechnung der Bezirkskasse wurde verlesen und der Erhöhung des Beitrags zur selben zugestimmt. Kollege Pöhl regte an, eine Versammlung in Rachenberg abzuhalten, dem wurde zugestimmt. Auch sollen für die Kollegen der Schottersteinwerke Halbach u. Weiland mehr Versammlungen stattfinden. Ort und Zeit zu bestimmen, ist den Kollegen überlassen worden. Eine längere Debatte entspann sich über die Ruhrhilfe. Es wurde beschlossen, sich dem Aufruf der Spitzenorganisationen anzuschließen, wenn die Unternehmer den vierfachen Betrag dessen leisten, was von der Arbeiterschaft aufgebracht wird. In mehreren Betrieben ist die Sammlung gemeinsam mit den Unternehmern bereits abgeführt. Unter Punkt Kartellbericht wurde der Erhöhung des Kartellbeitrags gegen drei Stimmen zugestimmt. Der Vorsitzende wies auf die Einleitung der Betriebsratswahlen hin, indem er erludte, die Wahl vorzunehmen und sich in den Betrieben auf eine Liste zu einigen, um Zersplitterungen zu vermeiden. Da sich in letzter Zeit wiederholt Kollegen, die krank sind, erst nach längerer Zeit sich krank gemeldet haben, weist der Kaffierer darauf hin, daß sich kranke Kollegen sofort bei ihm melden müssen. — Vom Vorsitzenden wurde in der Versammlung noch darauf hingewiesen, daß im Schottersteinwerk Weigig eine Anzahl meist jüngerer Kollegen noch nicht im Verband sind. Die organisierten Kollegen erwarten, daß diese sich dem Verband anschließen. Als letztes wurde ein schon mehrere Male angeregter Wunsch, ein Steinarbeitervergnügen abzuhalten, beschlossen, die Vorarbeiten hierzu einer Kommission und dem Vorstand übertragen. Der Gesangsverein Weila soll zur Mitwirkung gewonnen werden. — Zum Schluß appellierte der Vorsitzende nochmals an die Kollegen, darauf hinzuwirken, daß die Versammlungen besser besucht werden, und daß jeder am Ausbau unserer Organisation mitarbeiten müsse.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(VWB.) Eine Woche wirtschaftspolitischer Sensationen liegt hinter uns. Das öffentliche Interesse wurde in besonderem Maße in Anspruch genommen durch das Garantieangebot der deutschen Industrie, die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Marktführung vor dem Reichstagsausbruch und durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. So verschiedenartigen wirtschaftlichen Sphären diese Ereignisse angehören, so eng verbunden sind sie durch ihre gemeinsame Wurzel: Die Verarmung und Verelendung Deutschlands. Die wirtschaftliche Not unseres Vaterlandes hat wahrhaftig schon einen Höhepunkt erreicht, der ohne größte Gefahr für den Bestand des Reiches nicht mehr überschritten werden kann. Wenn es Mittel und Wege gäbe, um Deutschland aus dieser bedrängten Lage zu erlösen, so sollte man sie eiligst benutzen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist aber leider anzunehmen, daß beim besten Erfüllungswillen der Regierung, des gesamten Volkes und auch der einzelnen Interessengruppen niemals dasjenige Maß von Leistungen angeboten werden kann, das unsere Gegner befreit. Man hat immer wieder den Eindruck, daß wenigstens Frankreich vorzüglich darauf besteht, Deutschland Verpflichtungen aufzubürden, die unsere Leistungsfähigkeit weit überschreiten. Auf diese Weise bietet sich die Möglichkeit, dem deutschen Volke noch auf lange Zeit hinaus wirtschaftliche und politische Fesseln anzulegen. Unter diesem Gesichtspunkte muß man auch die Vorschläge würdigen, die jetzt von verschiedenen inländischen Interessentengruppen in der Frage der Aufbringung der Reparationslasten gemacht werden. Man muß sich in erster Linie vergegenwärtigen, daß es sich um Vorschläge von Interessenten handelt, über die erst eine Diskussion stattzufinden hat. Dann aber ist zu berücksichtigen, daß die Aufzählung der Reparationsprobleme leider eine Auseinandersetzung verschiedener stark voneinander abweichender wirtschaftspolitischer Richtungen in Deutschland mit sich bringt. Es besteht die große Gefahr, daß wir über diesen Erörterungen den politisch günstigsten Augenblick für die Überwindung neuer Vorschläge an die Alliierten verpassen. Das Streben aller deutschen Parteien und Wirtschaftsgruppen sollte deshalb darauf gerichtet sein, zunächst in großen Umrissen eine innerpolitische feste Basis für diese neuen Vorschläge zu finden.

Der ganze Komplex der jetzt auftauchenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist zu groß, als daß man ihn vor Ausarbeitung der neuen Note eingehender erörtern könnte. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die Panikstimmung, die Havensstein im Reichstagsausbruch als Hauptursache des jüngsten Marktkrises bezeichnete, noch weiter um sich greift. Andernfalls sind wir weiterer Verelendung und innerer Zersplitterung preisgegeben. Es wäre übrigens zu wünschen gewesen, daß der Reichsbankpräsident, der doch offenbar über recht interessantes statistisches Material verfügt, dieses der Öffentlichkeit unterbreite. Seine Aussagen entlasteten zwar die bisher scharf angegriffene Industrie, ließen aber erkennen, daß andere Kreise — offenbar Banken — milde Spekulationen am Devisenmarkt vorgenommen haben. So erklärt sich vielleicht auch die Einmütigkeit, mit der eine gewisse großstädtische Finanzpresse den Blick der Öffentlichkeit auf die angeblichen Devisenläufe der Industrie zu lenken suchte. Man darf nicht vergessen, daß die Großbanken Großaktionäre der Reichsbank sind, und daß ihre Vertreter meist von den Absichten der amtlichen Devisenpolitik ziemlich unterrichtet waren. Lassen wir den Dingen in dieser Richtung freien Lauf, so wird es in immer kürzeren Zeiträumen zu neuen und verschärften Lohnkämpfen kommen.

Der Rückgang des Verbrauches in Deutschland. Die Herabdrückung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zeigt sich in einem starken Rückgang des Verbrauches. Dies ist besonders augenfällig bei den für den Konsum der breiten Massen kaum entbehrlichen Nahrungsmitteln und Getränken, und da wieder in erster Linie bei den Lebensmitteln, die früher zu einem großen Teile aus dem Auslande bezogen werden mußten. So hatte Deutschland vor dem Kriege beträchtliche Einfuhrüberschüsse an Getreide, Milch, Butter und lebendem Vieh. Heute haben diese aufgehört oder sind kaum

nennenswert. Es betrug der Einfuhrüberschuß auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1913	1922	
Für Butter	0,8	0,01	Ausfuhr-
„ Eier	2,49	0,0	berichst
„ lebendes Vieh	2,1	0,4	

Wie stark die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Fleisch zurückgegangen ist, ergibt sich auch aus der Abnahme der Schlachtungen von Tieren, die der amtlichen Fleischschau unterliegen. Unter Zugrundelegung der Schlachtgewichte der Vorkriegszeit (1908) und der Gegenwart (1922) errechnen sich aus den beschlagnahmten Schlachtungen folgende für die Volksernährung hauptsächlich in Betracht kommenden Fleischmengen:

	1913* (dz)	1921* (dz)	1922 (dz)
Rindfleisch	8 045 930	6 196 608	6 388 610
Schafffleisch	1 481 014	1 212 267	1 251 038
Schweinefleisch	13 919 211	5 664 532	5 740 890
Lammfleisch	432 716	460 319	389 269

Zusammen 23 878 871 13 478 746 13 768 807

* Umgerechnet auf den Gebietsumfang des Deutschen Reiches am Ende Dezember 1922.

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 064 Doppelzentner, d. i. 42 v. H. der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtfleischverbrauch (Einfuhrüberschuß, beschlagnahmte und andere Schlachtungen) betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 33,1 Kilogramm gegen 49,0 Kilogramm im Jahre 1913 und weist mithin eine Abnahme um 15,9 Kilogramm oder 32,5 v. H. auf. Selbst für Wehl mußte der Verbrauch infolge der Verteuerung der Einfuhr durch die anhaltende Inflationsbeschleunigung stark herabgesetzt werden. Im Erntejahr 1913/14 waren für menschliche und tierische Ernährungs- und gewerbliche Zwecke nach Abzug der Aussaatmenge und des Ausfuhrüberschusses und unter Hinzufügung des Einfuhrüberschusses an Brotgetreide: 10 321 543 Tonnen Roggen, 6 455 220 Tonnen Weizen und Spelz verfügbar. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen damit 249 Kilogramm Brotgetreide. Im Erntejahr 1921 und 22 waren dagegen einschließlich der eingeführten Mengen an Roggen nur 6 288 199 Tonnen, an Weizen und Spelz nur 4 763 149 Tonnen verfügbar. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen damit 1921/22 nur 181 Kilogramm Brotgetreide oder 27 v. H. weniger als 1913/14.

An Kartoffeln standen dem Verbrauch zur Verfügung: 1913/14 47 192 298 Tonnen, 1921/22 20 747 128 Tonnen. Der Verbrauch an Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung ist damit von 700 Kilogramm auf 340 Kilogramm oder um 51 v. H. zurückgegangen. Wenn schon der Verbrauch lebensnotwendiger Güter zurückgeht, so ist dies ein deutlicher Beweis für die mangelnde Kaufkraft der breiten Massen. Das deutsche Volk muß sich aufs äußerste einschränken, alle nicht unbedingt lebensnotwendigen Ausgaben müssen unterbleiben, eine Befriedigung kultureller Bedürfnisse auch nur bescheidensten Umfangs ist nicht mehr möglich. Einfache Genußmittel kann sich der Deutsche kaum noch kaufen. So sind die besonders auch bei den arbeitenden Schichten der Bevölkerung schwer erhältlichen Getränke wie Kaffee und Tee fast unerschwinglich teuer geworden und können nicht mehr beschafft werden. Deshalb fiel der Kaffeeverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung von 2,44 Kilogramm im Jahre 1913 auf 1,70 Kilogramm im Jahre 1921. In der gleichen Zeit hat sich der Kaffeeverbrauch in Frankreich um ein Fünftel (von 2,91 auf 3,52 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung) und in den Vereinigten Staaten von Amerika um mehr als ein Drittel (von 4,01 auf 5,48 Kilogramm) erhöht. Der Bierverbrauch ist von 102 Liter im Jahre 1913 auf 38 Liter im Jahre 1920 gesunken. Der Verbrauch entbehrlicher Genußmittel, ebenso der sonstigen Luxuswaren, ist noch weit stärker gefallen.

(Redaktion.) Die vorstehend errechneten und zusammengefaßten Verbrauchsmengen auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland würden bei einer genaueren Prüfung und Einteilung auf den Kopf der arbeitenden Bevölkerung sich als viel zu hoch herausstellen. Denn in dem errechneten Durchschnittsverbrauch sind alle in Deutschland lebenden Ausländer, vielleicht auch die Besatzungstruppen inbegriffen. Der Verbrauch dieser Gruppen einschließlich der sonstigen Schlemmer an Fleisch, Brot, Eiern, Kaffee und Tee beeinflusst sicherlich die errechnete Durchschnittsziffer außerordentlich, so daß die Verbrauchsmenge auf den Kopf der arbeitenden Schichten kaum 50 Prozent von den obengenannten Durchschnittsziffern ergeben würden. Nach dieser Richtung haben demnach die genannten Ziffern also einen recht fragwürdigen Wert.

Rundschau.

In Kronstadt (Rumänien) starb am 5. Mai der Steinmehrerführer Oskar Denner. Wir nehmen deshalb davon Notiz, weil der Kollege Denner in den Jahren der losen Organisation in Dresden-Vitzna zu den führenden Kollegen gehörte und in jenen Jahren viel für die Organisation besonders der Steinmehrer gewirkt hat. Denner war auch Verhandlungsleiter des 9. Steinarbeiter-Kongresses in Würzburg im Jahre 1898; durch seine sichere und umsichtige Leitung machte er Eindruck auf alle Teilnehmer. Seine spätere Werksführertätigkeit nahm der Organisation eine geschulte und fähige Kraft. Seine Gesinnung für die Arbeiterlache hat ihn aber bis zum Tode nicht verlassen und die Steinmehrer in Kronstadt, wo er seit 1912 weilte, sind des Lobes und der Dankbarkeit voll, denn sie haben in dem Verstorbenen nicht nur einen tüchtigen Betriebsleiter verloren, sondern einen Freund, der stets kollegial für sie eintrat nicht nur mit Worten, auch die Tat ließ er nicht fehlen und sie sehen nun mit banger Sorge dem Kommenden entgegen, denn der forjende Freund ist aus ihrer Mitte gerissen worden. In Kronstadt arbeitet eine kleine Kolonne älterer Kollegen, die in früheren Jahren Deutschland nach allen Richtungen durchquert haben. Den Kollegen Denner hat im Alter von 58 Jahren noch die Berufsanfänglichkeit mit all ihren schrecklichen Begleitererscheinungen erfasst, am 5. Mai machte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende. Auch der Steinarbeiterverband wird diesem Kämpfer ein Andenken nicht verlagern.

Gewerkschaftliches. Im Ruhrgebiet war in den letzten Tagen 2 Wochen eine gefährliche Situation entstanden, die mit der spontan einkehrenden Teuerung infolge der Devisenfestlegung im ursächlichen Zusammenhang stand. Eine Anzahl Lote und Verlepte in den einzelnen Orten und zerstörte Familien sind das Resultat dieser Krawalle. Vor den Augen der fremden Besatzung, die mit höhnlichem Gleichmut die gegenseitige Zersplitterung der Deutschen zusahen, haben sich die Vorgänge abgespielt. Unverantwortliche Elemente, sogenannte Revolutionspieler, finden sich in jeder Situation, um die Erregung zu schüren und auszunutzen für ihre besonderen Ziele. Rechts und links tauchen sie auf, meistens sind es politische Kinder und wirtschaftliche Analphabeten ohne Klarheit und ohne Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse und Zusammenhänge, meist nur mit der Freude am Krawall. Einige Schlagworte haben sie aufgeschnappt und machen damit das ganze Treiben verrückt. Es gibt solche, denen das Wort Kapitalismus und solche, denen das Wort Kommunismus schon die Haare zu Berge treiben, die Augen verblenden und die Muskeln spannen läßt. Die feilsche Erregung der Arbeitermassen im Ruhrgebiet durch die Besetzung und ihre Auswirkung ist gewiß groß und wenn dazu die bittere materielle Not unerträglich wird, sucht die Erregung sicherlich nach einem Ventil. Insofern sind die behauerlichen Vorgänge im Ruhrgebiet ein Warnetel an die Regierung, an die politischen Parteien und vor allen Dingen eine dringende Warnung an die Spekulanten und Wucherer! Nachdem nun die Bewegung zu Ende ist, läßt sich auch im Ruhrgebiet nüchtern über die Sachlage urteilen; mehr wird dann immer wieder zu der Feststellung kommen müssen, daß die berufene Führung die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sind, und auch die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes sollten helfen, alle jene dunklen Schreier, die sich auf einmal berufen fühlen, mit

Küffeln, Revolvern und Karabinern andre „bessere“ Zustände zu schaffen, für die Zukunft unmöglich zu machen. Durch die terroristische Knüttel-Streifbewegung, die aus den Betrieben die Arbeiter herausholte, wurden in den einzelnen Orten auch unsere Verbandsmittelglieder gezwungen, den Werplaz oder die Marmorbude zu verlassen. Für diesen Akt hat jetzt der Verband die Mittel bereitzustellen. Vielleicht bringt eine spätere Untersuchung noch Licht in die bedauerlichen Vorgänge, damit sie als Lehre dienen können, um eine Wiederkehr in dieser Aufmachung zu verhindern. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft im ADGB und die sozialistisch zusammengekauften Volksgenossen haben die Pflicht dazu; sie können es auch, wenn sie nur wollen!

Machenschaften mit deutschen Gewerkschaftsblättern im besetzten Gebiet. Zu welchen Mitteln die Besatzungstruppen greifen, Vermittlung in die standhafte und treu deutschgefinnte Arbeiterkraft des besetzten Gebietes zu bringen, zeigt folgendes: Man hat schon in deutschen Gewerkschaftsblättern Flugblätter und andre Presseerzeugnisse gefunden, die das Verhalten der Franzosen und Belgier rechtfertigen sollen. Sie gehen dabei nicht ohne Geschick zu Werke, indem sie das, was mehr oder weniger scheinbar zuungunsten des deutschen Standpunktes spricht, in einseitiger Weise ausschalten, dagegen das „höchsterge“ Verhalten der Besatzungsbehörden über den grünen Klee loben.

Eine Widerlegung ist im besetzten Gebiet nicht immer möglich, zumal da die Besatzungsbehörden nicht davor zurückschrecken, die deutsche Arbeiterpresse im besetzten Gebiet mundtot zu machen. Um nur zwei Beispiele aus neuerer Zeit zu erwähnen: Den Proletarier, das Wochenblatt des Verbands der Fabrikarbeiter, hat man im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten. Die Metallarbeiter-Zeitung, die wegen ihrer großen Auflage zum Teil in Duisburg gedruckt werden muß, steht dort unter belgischer Zensur und diese wird seit der Besetzung des Ruhrgebietes scharf gehandhabt. Wiederholt sind Teile des Inhalts der Metallarbeiter-Zeitung beanstandet worden. Man hat sogar schon einmal die ganze erste Seite gestrichen. Wer aber gegen Deutschland und besonders gegen die deutsche Regierung schreibt, genießt unbeschränkte Schimpffreiheit.

Wir haben oft genug bewiesen, daß wir die letzten sind, die alle Maßnahmen oder Unterlassungen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden gutheißen. Um aber deutsche Fehler zu erkennen, braucht die Arbeiterkraft im besetzten Gebiet keine französischen Brillen!

Unsern Kollegen im besetzten Gebiete empfehlen wir Vorsicht! Wenn sie künftig in ihrem Verbandsblatt solche Machwerke finden, so mögen sie sich gelagt sein lassen, daß ihre Verbands-Expedition oder die sonstigen Verbands- oder Ausgabestellen sie nicht hineingelegt haben. Sie sind von Beauftragten der Besatzungsbehörden auf irgendeine Weise eingeschmuggelt worden! Unsere Kollegen werden für dieses Papier schon eine ihrem Werte entsprechende Verwendung finden.

Soziales. Das Recht auf Wiedereinstellung. Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung am 16. Mai beschlossen, die Regierung zu erlauben, bis zum 5. Juni, dem Tage des Wiederauftritts des Reichstages, die Vorlage für ein Gesetz zu unterbreiten, durch das den infolge der Ruhrkation arbeitslos gewordenen Angestellten und Arbeitern grundsätzlich das Recht auf Wiedereinstellung gesichert wird. Inzwischen ist dem Reichsarbeitsministerium vom ADGB ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zur Berücksichtigung unterbreitet worden, dem wir folgende Grundgedanken entnehmen:

Die entlassenen Arbeiter und Angestellten sollen den Anspruch haben, in dem Betrieb oder Bureau wieder eingestellt zu werden, bei dem sie vor dem 11. Januar 1923 beschäftigt waren. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit der einzelnen Betriebe soll insoweit Berücksichtigung finden, als es den Bestimmungen der Demobilisierungsvorordnung vom 12. Februar 1920 (§ 110) entspricht mit der Maßgabe, daß Arbeitgeber, die eine Befreiung von der Wiedereinstellungspflicht beanspruchen, eine Entschädigung beim Schlichtungsausschuß beantragen müssen. Den Wiedereingestellten soll für drei Monate die Unfindbarkeit gewährleistet werden, und sie sollen auf ihre alten Rechte, sowie auf die tarifvertraglich geregelte Entlohnung wieder Anspruch haben.

Für weitere Kündigungen im besetzten Gebiet sieht der Entwurf des ADGB-Bundes einen verstärkten Kündigungsschutz im Sinne der §§ 96 bis 98 des Betriebsrätegesetzes vor, d. h. sie sollen die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Voraussetzung haben.

Der ADGB-Bund hat bereits vor Wochen und wiederholt die Anregung gegeben, und man darf wohl erwarten, daß nach der einmütigen Willensäußerung des Reichstages nunmehr auch die Vorarbeiten für das Gesetz mit aller Beschleunigung durchgeführt werden.

Neuregelung des Lehrlingswesens. Wie wir erfahren, ist der Entwurf zu dem neuen Gesetz betr. Berufsausbildung Jugendlicher im Arbeitsministerium so weit fertiggestellt, daß er jetzt dem Wirtschaftsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden konnte. Man glaubt, ihn im Laufe des Monats Juni gedruckt den Spitzenverbänden zugehen lassen zu können. Die Sommer- und Ferienzeit soll zum Durchprüfen des Entwurfs verwendet werden, für den Monat September sind Bepfehlungen zwischen Gewerkschafts- und Regierungsvertretern vorgesehen, um die Ansicht der beteiligten Kreise zu hören.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Nachdem der Reichsrat zustimmte, ist mit Wirkung vom 14. Mai an eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter eingetreten.

Es gelten nunmehr folgende Sätze für den Tag:

	A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	3200	3000	2800	2600
ohne eigenen Haushalt	2800	2600	2400	2200
unter 21 Jahren	1950	1800	1650	1500
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	2800	2600	2400	2200
ohne eigenen Haushalt	2350	2200	2050	1900
unter 21 Jahren	1750	1650	1550	1450
Zuschuß für Ehegatten	1150	1050	950	850
Zuschuß für Kinder und sonstige unterhaltungsbedürftige Angehörige	950	900	850	800

Der Höchstbetrag einschließlich der Zuschläge für unterhaltungsbedürftige Angehörige beträgt das Dreifache des nach Alter, Ortsklasse usw. in Frage kommenden Unterstützungssatzes. Absoluter Höchstbetrag ist damit: täglich 9600 Mk. oder wöchentlich 57 600 Mk.

Die Kurzarbeiterunterstützung berechnet sich gleichfalls nach den neuen Sätzen. Der Kurzarbeiter erhält die Differenz zwischen dem Anderthalbfachen der obigen Sätze und der Hälfte seines Arbeitsverdienstes.

Die vorstehenden Unterstützungssätze stehen mit der Geldentwertung in keinem Verhältnis mehr, sie sind ungenügend und schützen nicht die Erwerbslosen vor der bittersten Not. Vom 4. Juni an ist auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Erhöhung von 50 Prozent von der Reichsregierung bestimmt worden. Die Gewerkschaften fordern auch schon längst eine gleitende Anpassung an die Preisverhältnisse; vielleicht ist diese Regelung vom 4. Juni an auch vorgelegen. Das Nähere war beim Zeitungsdruck noch nicht bekannt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Zahlstellenkassierer. (Ausschneiden und aufbewahren!) Laut Beschluß des Vorstandes kommen vom 1. Juni an nur noch folgende Beitragssätze zum Versand:

Zu 300	400	500	600	700	800	900	1000	Mk.
1100	1200	1300	1400	1500	1600	1700	1800	"
1900	2000	2100	2200	2300	2400	2500	2600	"
2700	2800	2900	3000	Mk.	Von 3000 Mk. an reichen die			

Marken von 200 zu 200 Mk.

Lehrlinge, die einen Stundenlohn von 300 Mark nicht erreichen, können für 2 Wochen eine Marke fleben.

Besondere Eintrittsmarken gibt es nicht mehr. Als Eintrittsgeld wird ein Wochenbeitrag erhoben und muß diese Beitragsmarke an der dazu bestimmten Stelle der Interimskarte geklebt werden.

Für Ersatz eines verlorenen oder durch eigene Schuld unbrauchbar gewordenen Mitgliedsbuches muß ebenfalls ein Wochenbeitrag entrichtet werden, ist dagegen ein Buch abgeliefert, so wird dieses unentgeltlich ersetzt.

Auch wird erachtet, die Beitragsmarken nach dem Stundenlohn zu bestellen, da niedrigere Marken als der Stundenlohn in Zukunft nicht mehr verstanden werden. (Beschluß des Vorstandes.)

Da die Herstellungskosten der Marken ganz gewaltig gestiegen sind, ersuchen wir die Kassierer bei Bestellung die Zahl ihrer Mitglieder zu beachten und die Marken nur für die Dauer eines Monats zu beziehen.

*) Die erstgenannten 4 Markensorten kommen nur für weibliche und für jugendliche Mitglieder in Frage.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 5. Juni die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingeleitet:

1. Gau: Greifswald.
2. Gau: Froburg.
3. Gau: Hardegen, Warstein.
4. Gau: Gumbelweier, Kappelrodt, Lütchenbach, Pforzheim, Schweisweiler.
5. Gau: Kronach.
6. Gau: Augsburg, Bamberg, Zapfenhof.
7. Gau: Gelnau, Maglain, Odenheim.

Steinarbeiterverband. Alle Adressenänderungen der Zeitungs-empfänger für das 3. Quartal (Juli, August, September) müssen bis spätestens am 15. Juni bei der Versandstelle im Hauptbureau gemeldet sein. Später eintreffende Änderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Auf Antrag der Zahlstelle Eberhardsdorf wurde der Steinarbeiter Fridolin Burghard wegen Streikbruch ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Die Zahlstelle Dels ist aufgelöst! Die Kollegen in Dels gehören zur Zahlstelle Breslau. An den bisherigen Kassierer sind keine Zahlungen mehr zu leisten. Anfragen über Arbeitsgelegenheiten oder sonstige Verhältnisse (in Dels) sind an die Zahlstellenverwaltung Breslau zu richten.

Gauleitung des II. Gaues. Ernst.

Berlin. Den Kollegen von der Firma Schilling und andern, die mir in hochherziger Weise eine Geldsammlung übermittelten aus Anlaß meiner langen Erkrankung sage ich herzlichsten Dank. Ignaz Kraus, Steinmetz, Mantelstr. 3.

Adressenänderungen.

4. Gau. Neufkirchen, Kreis Ziegenhain, Bezirk Kassel. Vorj. und Kass.: Heinrich Aulendacher.

Wernsberg, Post Treysa, Bezirk Kassel. Vorj.: Heinrich Wagner, Kemsfeld, Post Treysa, Kass.: Georg Wenig, Malsfeld.

6. Gau. Haslach. Vorj.: Ludwig Bürkle. Kass.: Johann Oswald, Sägerstraße.

Eberbach, Baden. Vorj.: August Schneider, Kasser-Wilhelm-Strasse 9.

8. Gau. Eichstatt. Vorj. und Kass.: Georg Hofbed, Marienstein bei Eichstatt.

9. Gau. Wehlar. Vorj. und Kass.: Wilhelm Regel, Siechhof 1. Langenbach bei Rixburg im Westerwald. Vorj.: Adolf Diemann, Kass.: Otto Braun.

Kirn a. R. Vorj.: Julius Becker, Hahnenpfad, Kass.: Karl Koch.

10. Gau. Die Zahlstelle Seeburg ist nach Weimar b. Gotha verlegt.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“ von Dr. Kurt Geyer. M. d. R. Grundpreis 2,50 Mk., geb. 3 Mk. Schlüsselfach 3. Jt. 2000. Verlag Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H. Jena. Der Inhalt des Buches wird wohl am besten klargestellt durch die Überschriften der Hauptkapitel: Marxismus und Radikalismus — Die Ideen, die Psychologie, das Milieu des Radikalismus. Das Hauptkapitel „Milieu und Radikalismus“ ist in folgende wichtige Unterkapitel eingeteilt: Die äußeren Bedingungen des Radikalismus, nämlich der sozialpsychische Habitus der Arbeiterschaft, Radikalismus und Produktionsprolet, Radikalismus und Großstadt, Radikalismus und Obrigkeitstaat, Radikalismus und Lebenshaltung. Hierauf wird behandelt die Rückwirkung der Arbeiterbewegung auf den Radikalismus. Der Schlüsselfach behandelt Individuum und Radikalismus und ist wieder in Unterkapitel eingeteilt, die die Probleme Willensenergie und Radikalismus, Der pathetische Mensch und der Radikalismus, Die Räerei leerer Abstraktheit, Romanit und Radikalismus und schließlich Intellektuelle Lage und Radikalismus behandeln — Der Redakteur der Betriebszeitschrift El. Körper sagt in der Besprechung der Broschüre unter anderem:

Der Broschüre von Kurt Geyer ist allermeiste Verbreitung zu wünschen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die von Geyer gemachten Feststellungen über das Wesen des Radikalismus sofort schlagend bewiesen werden, daß Geyer von denen, welchen er einen Spiegel vorhält, einfach als Verräter abgetan wird, ohne daß man sich Mühe gibt, seine Untersuchungen nachzuprüfen oder etwa sachlich zu widerlegen. Jede persönliche oder unsachliche Stellungnahme gegen in der Arbeiterbewegung tätige Personen oder gegen eine bestimmte Partei wird von Geyer streng vermieiden. Er versucht nur dem Wesen der Dinge auf den Grund zu kommen und dieser Versuch scheint vollkommen gelungen, da jeder Partei- und Gewerkschaftsfunktionär an Hand seiner eigenen praktischen Erfahrungen dies nachprüfen in der Lage ist. Deshalb sollten alle diejenigen, die sich heute als Pioniere der Arbeiterbewegung gegenseitig bekämpfen, die Broschüre von Geyer zur Hand nehmen, eingehend studieren und zu der Erkenntnis kommen, daß nur sachliche Arbeit und praktische Mitarbeit die Lage der Arbeiterklasse wirklich verbessern kann.

Die Broschüre von Geyer gehört in die Hand eines jeden Partei- und Gewerkschaftsfunktionärs sowie Betriebsrates und sollte dazu dienen, in Versammlungen eingehend durchgesprochen zu werden.

Der Ralf in Kulturgeschichte und Sprache von Hans Urbach. Geschäftsführer, Deutscher Ralfbund GmbH. Preis 6500 Mk., einschließlich Versandkosten.

In dem vorliegenden Buche ist sowohl die Bedeutung des Ralfes für das Kulturleben der Menschheit kurz dargelegt, ferner auch erklärt, was sich in sprachlicher Hinsicht auf den Ralf bezieht. Nicht nur seine gegenwärtige vielseitige Verwendung im Baubereich und in andern technischen Fächern, selbst in der Kunst (Graffiti), sowie

nicht zum wenigsten in der Landwirtschaft wird behandelt, sondern auch sein Vorkommen im Altertum und seine Bedeutung bei den wichtigsten des Mittelalters. Er wird als Heilmittel für Menschen und Tiere gewürdigt. Die verschiedenen Ralfarten werden alphabetisch aufgeführt und in einem zweiten die übrigen Zusammenlegungen mit „Ralf“, auch solche, die es nur scheinbar sind (wie Ralfbeere und Ralfun); darin findet man auch ein Verzeichnis der wichtigsten Ralfpflanzen. Man wird über die Ableitung des Wortes „Ralf“, seinen Ausdruck in den verschiedenen Sprachen, seine Anwendung im Sprichwort und in sprichwörtlichen Redensarten unterrichtet. Den Schluß bilden die Abschnitte: „Ralf“ in Familiennamen, wobei auf berühmte Namensträger hingewiesen wird, und „Ralf“ in geographischen Namen. Eine gleich schnell informierende Behandlung alles mit dem Ralf Zusammenhängenden dürfte bisher nicht geboten worden sein, daher sei die verdienstvolle Arbeit des Geschäftsführers des Deutschen Ralfbundes der Beachtung empfohlen. Dem praktischen Buche macht es keinen Abbruch, wenn es zum Beispiel beim Marmorkalk und an einigen andern Stellen Bemerkungen enthält, die geologisch nicht einwandfrei sind.

Briefkasten.

Aue H. M. Warum nur so aufgeregt? Der Bericht wurde nicht aufgenommen, weil beide Seiten eng beschreiben waren. Es ist schon sehr oft von der Redaktion auf diesen Uebelstand verwiesen worden und sie kann sich schließlich, wenn die Bitte keine Beachtung findet, nur auf diese Art helfen. Das hat also mit Beiträgen gar nichts zu tun. — Aufnahme in die Sterbetafel nur bei Ausfüllung des Formulars für die Statistik, künftig auch beachten! Ebenfalls ein recht alter Brauch.

Kollegen! Vergeßt die Steinammlung im Hauptbureau nicht! Es muß möglich sein, mit Hilfe nur weniger Kollegen aus den verschiedensten Steinbruchbezirken die Sammlung in alter Aufmachung wieder zusammenzubringen.

Anzeigen

Bücher - Vorzugsangebot.

Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelstr. 24
Handbücher für Betriebsräte, die in keiner Betriebs-Bücherei fehlen sollten.

1. Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Von Dr. G. Slaton. Grundpreis 4.00
2. Betriebsrätegesetz, Betriebsrätegesetz und Aufsichtsratsgesetz. Bearbeitet von Dr. J. Slaton u. Dr. F. Slaton. Grundpreis 3.50
3. Was der Betriebsrätepräsident Eine Sammlung wichtiger Entscheidungen, herausgegeben von Dr. Slaton. 1. Teil. Grundpreis 0.75 2. Teil. Grundpreis 1.50
4. Betriebswirtschaftliche Bilanz. Von Dr. A. v. Kollmann. 2. Aufl. u. 1. Mappe. Grundpreis 2.90
5. Betriebsräte im Aufsichtsrat von Dr. Slaton. Grundpreis 0.40
6. Der Gesundheitszustand im Betrieb. Von Prof. Dr. med. Dr. Sommerfeld. Grundpreis 0.50
7. Wie beurteilt man eine Bilanz? Von Paul Kofke. Grundpreis 0.15
8. Was ist eine Bilanz? Von Paul Kofke. Grundpreis 0.25
9. Betriebsrätegesetz und Gewerkschaftsrecht. Von Dr. Slaton. Grundpreis 0.60

Schlüsselfach zu den Schriften 5 bis 9 zur Zeit 900. Die angegebenen Grundpreise multipliziert mit der Schlüsselfach, ergeben den augenblicklichen Preis des Buches. Die Verlagsgesellschaft des ADGB liefert Organisations- und deren Mitglieder bei Bezugnahme auf diese Anzeige mit 25% Ermäßigung. Die genannten Schriften wurden in der Arbeiterpresse glänzend besprochen und ihre Anschaffung wärmstens empfohlen.

Gross-Kunzendorf.

Am 24. Juni, nachmittags 3 Uhr im Saal des Herrn Jung
Verkauf von
Zagel und 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000. 1001. 1002. 1003. 1004. 1005. 1006. 1007. 1008. 1009. 1010. 1011. 1012. 1013. 1014. 1015. 1016. 1017. 1018. 1019. 1020. 1021. 1022. 1023. 1024. 1025. 1026. 1027. 1028. 1029. 1030. 1031. 1032. 1033. 1034. 1035. 1036. 1037. 1038. 1039. 1040. 1041. 1042. 1043. 1044. 1045. 1046. 1047. 1048. 1049. 1050. 1051. 1052. 1053. 1054. 1055. 1056. 1057. 1058. 1059. 1060. 1061. 1062. 1063. 1064. 1065. 1066. 1067. 1068. 1069. 1070. 1071. 1072. 1073. 1074. 1075. 1076. 1077. 1078. 1079. 1080. 1081. 1082. 1083. 1084. 1085. 1086. 1087. 1088. 1089. 1090. 1091. 1092. 1093. 1094. 1095. 1096. 1097. 1098. 1099. 1100. 1101. 1102. 1103. 1104. 1105. 1106. 1107. 1108. 1109. 1110. 1111. 1112. 1113. 1114. 1115. 1116. 1117. 1118. 1119. 1120. 1121. 1122. 1123. 1124. 1125. 1126. 1127